

Keine Grenzen des Wissens, aber Grenzen der Armut:
Auf dem Wege zu einer nachhaltigen Wissensgesellschaft

Zum 30-jährigen Jubiläum des ersten Reports
an den Club of Rome: *Die Grenzen des Wachstums*

Vorwort

Es ist jetzt 30 Jahre her, dass der erste Report, „Die Grenzen des Wachstums“, der vom Club of Rome in Auftrag gegeben wurde, erschienen ist. 30 Jahre später sind die Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung um so drängender und um so komplexer. Der gewaltige technologische Fortschritt hat zwar ein stetiges industrielles Wachstum ermöglicht; aber die Lücke zwischen arm und reich hat sich vergrößert und der Druck auf die komplexen und empfindlichen Systeme unseres Planeten ist größer als jemals zuvor. Um es deutlich zu sagen: wir können auf diesem Pfad der Entwicklung nicht weitergehen, er ist einfach nicht nachhaltig.

Der World Summit on Sustainable Development (WSSD) bietet eine entscheidende Gelegenheit, sowohl für die politischen Führer wie auch für die Zivilgesellschaft und die Geschäftswelt, sich auf neue Rahmenbedingungen der Solidarität und Entwicklung für alle Menschen auf der Welt zu einigen, die die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen berücksichtigen. Die neuen Herausforderungen betreffen soziale Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt, wirtschaftliche Stabilität, Umweltschutz und die nachhaltige Nutzung der Ressourcen der Erde. Dieser WSSD muss die Gelegenheit ergreifen, eine weltweite Kultur der Zusammenarbeit umzusetzen und die Voraussetzung für einen andauernden und weltweiten Nachhaltigkeitsdialog innerhalb und zwischen den Gesellschaften zu schaffen.

In der gegenwärtigen demographischen Übergangsphase wird die Weltbevölkerung bis zum Jahre 2050 weiter auf 8-9 Milliarden anwachsen. Das Ökosystem der Erde, von dem die Menschen ein Teil sind, hat aber nur eine begrenzte Kapazität zur Aufnahme der Auswirkungen menschlicher Aktivitäten. Und innerhalb der menschlichen Gesellschaft gibt es bereits die Armut jenseits aller akzeptablen Grenzen. Viele Initiativen wurden während der letzten 30 Jahre ergriffen, aber sie sind bei weitem nicht ausreichend, um den Kurs zu ändern. Zwischenzeitlich sieht sich die Menschheit mit einer anderen Grenze konfrontiert: der Grenze der Zeit.

Es ist weiterhin eine äußerst schwierige Aufgabe einen Ausgleich zu finden – das goldene Mittel – zwischen dem Streben der Menschheit nach Wachstum, sozialer Gerechtigkeit und der Begrenzung des Ressourcenverbrauchs. Wir müssen neue Rahmenbedingungen für die vernünftige Nutzung natürlicher und finanzieller Ressourcen, gestützt auf Erziehung, heimische Werte und nachhaltigen Praktiken, vereinbar mit der globalen Wirklichkeit und auf den Zugang zum Wissen für alle Menschen. Wir müssen eine Gesellschaft schaffen ohne Grenzen des Zugangs zum Wissen.

Der Club of Rome vereinigt eine einzigartige Gemeinschaft von Politikern, Geschäftsleuten und führenden Wissenschaftlern. Dieses Statement stützt sich auf die vorbereitende Arbeit des neu gegründeten Brussels-EU Chapters und ist ausgiebig von den Mitgliedern des Club of Rome während eines Treffens in Brüssel im Mai 2002 diskutiert worden.

Es hebt noch mal die Notwendigkeit eines holistischen Ansatzes zur Neubestimmung der technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen zum Wohle aller Mitglieder unserer Menschheitsfamilie hervor. Ich empfehle diese Gedanken Ihrer Aufmerksamkeit.

Prince El Hassaan bin Talal, Präsident des Club of Rome.

Inhaltsverzeichnis

1.	Dreißig Jahre näher an den Grenzen	4
2.	Die Grenzen der Armut und der Ungerechtigkeit	4
3.	Auf dem Wege zu einer nachhaltigen Wissensgesellschaft	4
4.	Keine Grenzen der Vielfalt und Kreativität	7
5.	Effizienz und Steuerungsmechanismen: eine Antwort auf begrenzte Ressourcen	7
6.	Regierungsfähigkeit in einer endlichen Welt	9

1. Dreißig Jahre näher an den Grenzen

1972 setzte der Report über *Die Grenzen des Wachstums* eine weltweite Debatte über die Zukunft der Menschheit und unseres Planeten in Gang. Es folgte 1974 *Die Menschheit am Wendepunkt* und 1978 *Keine Grenzen des Lernens*. In den vergangenen 30 Jahren sind über 30 Reports auf fast allen Gebieten der die Welt bestimmenden Herausforderungen erschienen: das reicht von der Regierungsfähigkeit, über die Armut, den Ozeanen als weltweite Ressource bis zur kulturellen und sozialen Bindungsfähigkeit.

1972 betrug die Weltbevölkerung 3,2 Milliarden. 2002 sind es über 6 Milliarden, und sie wird sich erst bei ca. 8 – 9 Milliarden Mitte dieses Jahrhunderts beginnen zu stabilisieren. **Der World Summit on Sustainable Development (WSSD) darf nicht nur Fortschritte und Enttäuschungen der vergangenen 10 Jahre bilanzieren, sondern er muss jetzt ein stärkeres Momentum an praktischen Maßnahmen für wirklichen Fortschritt im nächsten Jahrzehnt entwickeln.**

Unser gegenwärtiges Modell der industriellen Entwicklung ist nicht nachhaltig. Das momentane Tempo und die Art des Wachstums führen zu wirtschaftlicher Polarisierung und Umweltzerstörung. Das Paradoxon des industriellen Wachstums ist, dass es, um genügend Wohlstand zum Beseitigen der Armut zu schaffen, Ungerechtigkeiten vergrößert. Unersättliches Wachstum mit Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zerstört zudem das Ökosystem, auf dem es beruht. Die Ziele eines andauernden industriellen Wachstums sind unvereinbar mit den Grenzen des Natursystems der Erde. Unsere Erde ist bereits zu klein, um die materiellen Anforderungen einer (nur zum Teil) industrialisierten Welt von über 6 Milliarden Menschen zu erfüllen. Schnell ansteigende Ressourcenausbeutung, soziale Spannungen, wachsende Ungleichheit, Bevölkerungswanderung aus wirtschaftlichen Gründen und Terrorismus auferlegen der Weltgesellschaft zunehmende Wirtschafts- und Umweltlasten. Die wohlhabendsten 20 Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen 86 Prozent der natürlichen Ressourcen, während die Hälfte aller Menschen in Armut lebt. Der Verlust an kultureller Vielfalt gefährdet zusätzlich die politische und wirtschaftliche Instabilität. Wie bereits in einigen Szenarios der „Grenzen des Wachstums“ aufgezeigt und wie durch jüngste UN Reports bestätigt, **wird das Naturkapital und die natürlichen Ressourcen mehr denn je durch das anhaltende Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum bedroht.** Es ist daher dringend notwendig die bestehenden Trends zu ändern.

Das gegenwärtige sozioökonomische Modell und Wachstumskonzept muss grundlegend umgestaltet werden. Die anhaltende demographische Veränderung verstärkt die Notwendigkeit eines weltweiten ethischen Engagements und eines neuen sozioökonomischen Modells.

2. Die Grenzen der Armut und Ungerechtigkeit

Soziale Nachhaltigkeit kann nur erreicht werden, indem die Armut weltweit verringert wird.

Armut ist gegenwärtig eine wesentliche Bedrohung für die Stabilität und ein Hindernis für die weitere soziale und wirtschaftliche Entwicklung überall auf der Welt. Sie kann nur verringert werden, wenn in den meisten Entwicklungsländern ein höheres wirtschaftliches Wachstum erreicht und aufrechterhalten wird, das aber nur in Verbindung mit einer deutlich höheren Ressourcenproduktivität. Dieses wird eine neue „Ethik der Solidarität“ auf dem WSSD erfordern, **mit klaren „Wachstumszielen“ für die Entwicklungsländer, um soziale Gerechtigkeit in Partnerschaft mit den entwickelten Ländern wiederherzustellen.**

Zunehmende Ungleichheiten im Einkommen sind eher das Ergebnis des Ausgeschlossenseins von globalen Märkten als von polarisierenden Einflüssen innerhalb dieser Märkte. **Die stärkere Integration von mehr Menschen (und Ländern) in den Welthandel ist daher die wirkungsvollste, aber immer noch unzureichende Maßnahme gegen wachsende Ungleichheit.** Die Entscheidung auf der WTO-Konferenz in Doha, November 2001, eine weitere Runde der Handelsliberalisierung zu starten, in einer Entwicklungspartnerschaft unter voller Teilnahme aller, sollte engagiert weiter verfolgt werden. Die Politik des „Nordens“ ist immer noch zu sehr durch Heuchelei geprägt, indem man

zwar auf Öffnung der Märkte in einer sich globalisierenden Wirtschaft drängt, selbst aber seine Märkte gegen Konkurrenz aus dem „Süden“ schützt.

Die Informations- und Kommunikationstechnologien sind in zweierlei Hinsicht von entscheidendem Gewicht – für ein höheres Wachstum in den Entwicklungsländern und für ein ökonomisch effizienteres Wachstum schlechthin. Die Überwindung der „digitalen Kluft“ muss daher eine weltweite Priorität erhalten. Ohne entschlossenes Handeln wird eine ungleichgewichtige Entwicklung der vernetzten Wissensökonomie die Ungleichheit und ihre sozialen Konsequenzen vertiefen, und diese sichtbar werden lassen. Frustrierte junge Menschen erkennen die übergroße Differenz zwischen den Lebensstilen in den USA und Europa und ihren eigenen. Migration in diese wohlhabenden Regionen wird für sie zur alleinigen Alternative zur ständigen aussichtslosen Armut.

Der Übergang zur Wissensgesellschaft bietet mehr Menschen die Möglichkeit zur Teilnahme an einer schöpferischen Arbeit. Die Wissensinfrastruktur eröffnet Chancen für lokale unternehmerische Aktivitäten mit entsprechender Wertschöpfung. Ohne diese können weitere Dienstleistungen nicht geschaffen und aufrechterhalten werden. **Entwicklungspolitik muss daher die Schaffung von elektronischen Kommunikationsinfrastrukturen beschleunigen und ausweiten, mit allgemeinem und kostengünstigem Zugang, der eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Nutzung ermöglicht.** Der Aufbau dieser Infrastrukturen muss im Rahmen einer partnerschaftlichen Co-Finanzierung erfolgen.

Sicherlich muss die Entwicklungshilfe aus den entwickelten Ländern erhöht werden. Wir begrüßen die eingegangenen Verpflichtungen der Monterey-Konferenz, aber zusätzliche Leistungen sind erforderlich: Hilfe muss befreit werden von Geberbindungen, sie muss sehr viel stärker geöffnet werden für kleine überschaubare Initiativen in Erziehung und Wirtschaft. Sie kann nur wirksam sein, wenn die Empfängerländer eine Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgen, die mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar sind. Sie muss Bildungskapazitäten und den institutionellen Rahmen dafür schaffen, dass die Menschen in der Dritten Welt befähigt werden, Zugang zu finden zu neuem Wissen und zu neuen Technologien und diese zu nutzen. Dabei sollten **gewachsene einheimische Wissenssysteme** als einzigartige Ressource der Entwicklungsländer integriert werden in eine zukünftige global vernetzte Wissensgesellschaft.

Nachhaltige Entwicklung ist vereinbar mit einer Zunahme des Welt-Bruttosozialprodukts um den Faktor 10, wenn gleichzeitig das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt wird und dieser auf den heutigen Stand begrenzt wird. Das würde für die ärmsten Länder Wachstumsraten von 7 – 8 % erlauben, hinreichend um Armut und Ungleichheit der Verteilung entscheidend zu verringern, einhergehend mit einem jährlichen Wachstum von 3 % für die EU und die USA, wiederum hinreichend, um hier ein hohes Maß an Beschäftigung aufrechtzuerhalten. In diesem Rahmen müssen wir über die für das Jahr 2015 gesetzten „Millenniumsziele“ hinausgehen:

- Die Alphabetisierungsrate bei Erwachsenen bis 2030 auf über 90 % erhöhen, die „digitalen“ Fähigkeiten sowohl verbal wie visuell einschließend.
- Eine weltweite wissenschafts- und technologieorientierte Universitäts- und Forschungsinfrastruktur schaffen, die Anreize für lokale unternehmerische Aktivitäten fördert.
- Bis 2030 in mehr als 90 % aller Gemeinden und Städte Zugang zu Bildung und Wissen sicherstellen, um die Menschen zu befähigen ihre eigenen lokalen Ressourcen zu aktivieren.
- Erschwingliche Technologien zu entwickeln, einfach in der Nutzung, vielfältig in ihren Anwendungen, die gleichzeitig kulturelle und sprachliche Unterschiede widerspiegeln.

Der Beseitigung von Armut muss höchste Priorität haben. Es kann nicht hingenommen werden, dass es mehr als der Hälfte der Weltbevölkerung an Nahrung, Trinkwasser, Obdach und einfacher medizinischer Versorgung mangelt. Zugang zu Information, Bildung und Wissen muss garantiert werden. Der Aufbau einer Kommunikations- und Informationsinfrastruktur, sowie vermehrte Bildungsinvesti-

tionen auf lokaler Ebene sind wesentlich, um die „digitale Kluft“ zu verringern und die Teilnahme an der kommenden Wissensgesellschaft zu ermöglichen. Entwicklungshilfe sollte sich an diesen langfristigen Zielen orientieren.

3. Auf dem Wege zu einer nachhaltigen Wissensgesellschaft.

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie ist von zentraler Bedeutung. Nachhaltige Entwicklung kann nur verwirklicht werden durch Innovationen und innovative Verteilungsmechanismen. Technologien müssen überall der Entwicklung des Menschen dienen. Jeder benötigt Zugang zu Wissen und Technologie. Wir müssen alle mehr in Bildung und Ausbildung investieren, neues Wissen muß geschaffen und umgesetzt werden.

Die Entstehung einer vernetzten Wissensgesellschaft in den nächsten 20 bis 30 Jahren bedeutet einen großen Paradigmenwechsel weg vom Industriemodell des 19. und 20. Jahrhunderts. Sie kann sowohl Teil der Problemlösung, als auch Teil des Problems selbst sein. Die Hoffnung, dass die Dynamik der Informations- und Kommunikationstechnologie innerhalb sich globalisierender Märkte zum allgemeinen Wohlstand beitragen und Armut verringern wird, ist zu einfach. Innerhalb richtiger Rahmenbedingungen können jedoch Milliarden von Menschen, selbst in den ärmsten Ländern, befähigt und integriert werden. Es gilt, den Zugang zu Bildung, Information und Wissen selbst in den entlegendsten Regionen zu fördern, Armut zu bekämpfen und nachhaltige lokale Strukturen zu schaffen. Sonst trägt man nur zu Großinvestitionen zentraler Industrialisierung mit erheblichen Umweltkosten bei.

Da unsere Gesellschaften komplexer und interdependenter werden, müssen alle Dimensionen nachhaltiger Entwicklung berücksichtigt werden.

Wissenschaft und Technologie müssen auf reale Bedürfnisse reagieren, sie müssen für jedermann zugänglich und nutzbar sein. Das Heraufkommen der Wissensgesellschaft ist der große Paradigmenwechsel für die erste Hälfte dieses Jahrhunderts. Eine holistische Methodologie und Sichtweise ist zwingend um schrittweise nachhaltige Gesellschaften zu entwickeln, die eine kontinuierliche Verbesserung der Lebensqualität für alle ermöglichen.

4. Keine Grenzen für Vielfalt und Kreativität

Um die Katastrophe eines „Zusammenstoß der Kulturen“ in einer multi-kulturellen Welt zu vermeiden, **müssen sowohl kulturelle Identität wie auch kulturelle Vielfalt akzeptiert werden als in sich legitimierte Ziele, mit gleichzeitiger Achtung der fundamentalen Menschenrechte und der Identifikation gemeinsamer menschlicher Werte.** Ein Verlust kultureller Vielfalt gefährdet die politische und ökonomische Stabilität.

Wir benötigen unterschiedliche, tolerante und pulsierende Gesellschaften, die den Individuen die Chance zur Aktivität und Teilnahme bieten und es ihnen ermöglichen, ihre Grundbedürfnisse hinsichtlich Identität und Zugehörigkeit wahrzunehmen. Wir brauchen eine Welt „multipler Modernitäten“ ohne Ideologien, aber innerhalb von Gemeinschaften, in denen unterschiedliche Kulturen friedlich miteinander leben: eine Welt „lernender Gemeinschaften“, in der keine Kultur anderen ihre Werte aufzwingt, und in der „einbürgernde Modernität“ und „voneinander Lernen“ sich selbst begründende Werte sind.

Die vernetzte Wissensgesellschaft muss nicht nur den Reichtum des lokalen gewachsenen Wissens integrieren, sondern es muss auch eine Synthese zwischen dem ökonomisch- und anthropozentrischen Konzept einer nachhaltigen Weltgesellschaft gefunden werden.

Folgende Ziele müssen gesetzt werden: Aufrechterhaltung der Vielfalt heute noch aktiver Sprachen; Förderung lokaler kultureller Kreativität; Förderung kultureller Aktivitäten und Beschäftigung; Verringerung des Risikos, Informationen zu manipulieren und monopolisieren; Sicherstellung erschwinglichen Zugangs zu hochwertigen Kulturleistungen. Die Medien müssen als Allgemeingut für erzieherische und kulturelle Ziele und nicht als ausschließliche Domäne geschäftlicher Interessen gesehen werden. Vor allem müssen wir eine Kultur der Teilhabe und nicht des Konsums fördern.

Die Besonderheiten kultureller Dienstleistungen müssen im Zusammenhang mit der Handelspolitik genauer definiert werden während der laufenden „Doha-Verhandlungen“. Kulturelle wie auch umweltorientierte Dienstleistungen üben eine breitgestreute soziale Funktion aus. Wir müssen einen weltweiten Rahmen schaffen, der diese Tatsache anerkennt und kulturelle Vielfalt gleichberechtigt mit Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit und eine intakte Umwelt einordnet.

Die zukünftige globale Gesellschaft muss sich auf lokale Gemeinschaften gründen eingebettet in ihr kulturelles Erbe und teilhabend an der Wissensgesellschaft. Die fundamentalen Menschenrechte, die ihren Ausdruck in gemeinsamen universalen Werten finden, müssen von allen anerkannt und eingehalten werden. Die vernetzte Wissensgesellschaft muss den Reichtum lokalen Wissens und seiner Anwendung einbinden. „Einbürgernde Modernität“ ist eine neue Herausforderung für uns alle.

5. Effizienz und Steuerungsmechanismen: eine Antwort auf begrenzte Ressourcen

Das Naturkapital unserer globalen Umwelt ist bedrohter denn je zuvor durch weiteres Bevölkerungswachstum und der dramatischen Steigerung industrieller Aktivitäten. Wir sind entscheidend näher an die Wachstumsgrenzen der Ressourcennutzung herangekommen. In den vergangenen 30 Jahren haben wir einige Grenzen durch technologische Entwicklungen hinausschieben können: Wir erschöpfen gegenwärtig einige mineralische Rohstoffe und fossile Energien nicht so schnell wie wir befürchtet hatten, **aber die Auswirkungen ihrer Nutzung auf die Umwelt erreicht inzwischen ein kritisches Stadium.** Wirtschaftswachstum ist immer noch eng mit dem Ressourcenverbrauch verbunden, es trägt mehr zur Umweltbelastung bei als das Bevölkerungswachstum.

Wenn das bisherige industrielle Wachstum dazu dienen sollte, in den Entwicklungsländern die Armut zu beseitigen, dann würde der Ressourcenverbrauch jedes umweltverträgliche Ausmaß übersteigen. Es würde mit Abfällen und Verschmutzung die Aufnahmefähigkeit der Biosphäre bei weitem überfordern. **Produktion und Konsumtion müssen daher erheblich effizienter werden. Wir müssen zu einer rationelleren Ressourcennutzung kommen, wir müssen erneuerbare Ressourcen und Zyklen von Produktion und Konsumtion erschließen, die eine Wiederverwendung von Abfällen ermöglichen. Die Wertschöpfung muss von materiellen Gütern zu Dienstleistungen hin verlagert werden.**

In den Entwicklungsländern muss der Schwerpunkt vom Abbau der Naturressourcen zugunsten der Entwicklung des Humankapitals in Rahmen eines neuen Wachstumskonzepts verändert werden.

Der Energiebedarf kann in den Industrieländern durch eine rationellere Energienutzung erheblich verringert werden. In den Entwicklungsländern sollte das gleiche Ziel durch den Einsatz einfacher und geeigneter Technologien verfolgt werden. Diese dürften arbeitsintensiver sein und die lokalen Gemeinschaften in Stand setzen, ihre eigenen Energiressourcen zu handhaben.

Das Energieangebot muss von der Kohle hin zu erneuerbaren und sauberen Energiequellen entwickelt werden, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern. Wenn immer möglich, sollte auch eine dezentralisierte Versorgung aufgebaut werden. Diese Verlagerung ist realisierbar aufgrund der zu erwartenden wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen, wenn auch noch erhebliche Forschungsinvestitionen dazu erforderlich sind. Diese müssen von den entwickelten Ländern vorgenom-

men, ihre Resultate sollten möglichst schnell auf der gesamten Welt verbreitet werden. Dezentralisierte Energieversorgung in kleinen lokalen Einheiten eröffnet gerade der ländlichen Bevölkerung überall auf der Welt neue Perspektiven.

Die Informations- und Kommunikationstechnologie ist lebenswichtig für ökologisch nachhaltige Produktion, Logistik und Verbrauch wie auch für entsprechende Lebensstile. Ohne die Verfügbarkeit dieser Technologien für die überwiegende Bevölkerung in einer vernetzten Wissensgesellschaft wird die ökologische Nachhaltigkeit nicht möglich sein. Aber eine Wissensgesellschaft muss nicht zwangsläufig nachhaltig sein, nur richtige Rahmenbedingungen können das bewirken.

Der Bevölkerungsdruck wird weiter zunehmen, wenn auch verlangsamt. Um das Jahr 2030 wird es ca. 8 Milliarden Menschen auf der Erde geben. Wir werden uns größeren Herausforderungen in der Nahrungs- und Trinkwasserversorgung gegenübersehen, denen wir durch intelligente Nutzung der Informations- und Bio-Technologien sowie geschlossenen Zyklen in der Nahrungsproduktion bei Tieren, Pflanzen, Pilzen, Algen und Bakterien begegnen können; bei diesen gilt es zudem wirksame Synergien zu nutzen. Die Wasserversorgung und ihre Qualität bedarf vor allem eines besseren Managements.

Um 2030 werden die meisten Menschen in Städten leben. Um diese nachhaltig zu gestalten und bessere Gesundheitsbedingungen, Bildungszugang sowie Dienstleistungen und soziale Kommunikation zu gewährleisten, müssen wir die Nutzung von Bauten und Städten überdenken. Wir müssen in diesem Bereich die Energieeffizienz verbessern und eine auto-unabhängigere Gesellschaft schaffen. Ziel der Stadtplanung muß es sein, Mobilität zu minimieren: **Die Flächenplanung muss eine Entwicklung fördern, die eine kompakte wie auch gemischte und leicht zugängliche Nutzung ermöglicht. Wir müssen das vorhandene Paradigma in Frage stellen, die Arbeit in besonderen Räumen zu konzentrieren weit entfernt von anderen städtischen und sozialen Funktionen.**

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, müssen wir alle Steuerungsmechanismen nutzen, damit die richtigen Rahmenbedingen gesetzt werden können:

Die **Steuersysteme** müssen den Ressourcenverbrauch verhindern, die Wertschöpfung dahingegen fördern; sie müssen Anreize für die Substitution von materiellen Gütern durch immaterielle Dienstleistungen geben. **Eine stärkere Besteuerung von materiellen Ressourcen, Energie, Landnutzung und Transportfazilitäten ist notwendig.**

Den Marktkräften allein kann nicht vertraut werden, um das Naturkapital des Planeten zu bewahren und angemessenen Ersatz für erschöpfbare Ressourcen zu schaffen. Wir müssen Steuern einsetzen, um die globalen „öffentlichen Güter“ zu schützen. **Im globalen Wirtschaftssystem müssen wir Obergrenzen für die Nutzung „kritischer“ Ressourcen und für die Verschmutzung einführen. Externe Kosten müssen internalisiert werden.** Die Begrenzung des Ausstoßes von Treibhausgasen und der Handel von Emissionsrechten sind dabei nur der Anfang. **Das Kyoto-Protokoll muss volle Anwendung finden und entsprechend dem Vorsorgeprinzip auf alle anderen anthropogenen Substanzen ausgedehnt werden, die das Klima und die Ozeanzirkulation betreffen.**

Widersinnige Subventionen müssen auslaufen. Der Einsatz öffentlicher Hilfe für besondere Aufgaben wird zwar ein legitimes Instrument der Politik bleiben, aber die enormen Subsidien und der Handelsprotektionismus in der Landwirtschaft, bei Kohle und Stahl beeinträchtigt nicht nur die Dynamik des Wandels in den Industrienationen, sondern sie verursachen ungeheuren Schäden in den Entwicklungsländern. Versteckte Subventionen im Straßenverkehr sowie fehlende Besteuerung des Flugbenzins sind wesentliche Hindernisse für die Entwicklung effizienterer und nachhaltigerer Lebensstile sowie Geschäftspraktiken.

Die Effizienz der Ressourcennutzung muss schnell und dramatisch erhöht werden. Die dafür notwendigen technologischen Innovationen sind erreichbar. Der Entwicklung von Systemen rationellerer Energienutzung und erneuerbarer Energien muss eine höhere Priorität erhalten. Eine Politik dezentraler Energieversorgung ist von strategischer Bedeutung für alle Länder, besonders für abgelegene Regi-

onen und Entwicklungsländer. Das lokale Unternehmertum wird stimuliert, der Zugang zu Netzwerken der Information und Bildung wird dadurch ermöglicht. Die Besteuerung von Ressourcen und Umwelt muß grundsätzlich geändert werden. Die Einführung des Kyoto-Protokolls muss angestrebt und kontraproduktive widersinnige Subventionen müssen dringlichst abgeschafft werden.

6. Regierungsfähigkeit in einer endlichen Welt

Regierungsfähigkeit ist die wesentliche Herausforderung, der wir uns gegenübersehen. Wo auch immer wir hinschauen, finden wir politische Strukturen mit unzureichender Leistung. Das betrifft vor allem solche Regionen in der Welt, die gekennzeichnet sind durch Gewalt und Krieg, in denen kostbare menschliche, kulturelle, soziale und natürliche Ressourcen zerstört werden. Daher ist es von entscheidender Bedeutung globale Regime der Konfliktbeherrschung zu stärken. Das Phänomen terroristischer Gewalt offenbart die Notwendigkeit einer umfassenden gemeinsamen Sicherheit und Stabilität auf unserem Planeten.

Die neue „globale Vereinbarung“ in Johannesburg darf kein „Tauschgeschäft“ werden zwischen Wohlstand, Gerechtigkeit und Umwelt. Die politischen Rahmenbedingungen müssen so verändert werden, dass alle vom Wachstum profitieren können. In Johannesburg benötigen wir eine Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung in einem neuen Rahmen der Solidarität und kultureller Vielfalt, gegründet auf eine kontinuierliche Entwicklung von technologischer Innovation mit fairen Vorteilen für alle. Wir benötigen eine neue „Ethik menschlicher Solidarität“, die alle globalen Herrschaftsstrukturen durchdringen muss. Das verlangt sowohl zivile wie auch politische Führerschaft und Verantwortung. Die Regierungen im „Süden“ müssen die Bedingungen schaffen, die unverzichtbar für die sozioökonomische Entwicklung in ihren Ländern sind. Im „Norden“ müssen Wirtschaft und Zivilgesellschaft ebenfalls zu einer gerechten Entwicklung beitragen.

Die globalen Institutionen müssen gestärkt werden, um die Stabilität des Weltwirtschaftssystems zu gewährleisten und die „globalen öffentlichen Güter“ (Atmosphäre, Ozeane, die Antarktis u.a.) nachhaltig zu verwalten. Dafür brauchen wir ein stärkeres und besser informiertes globales Netzwerk für Öffentlichkeit in der Politik und neue Rahmenbedingungen für die Co-Finanzierung von Entwicklung.

Unser ökonomisches System ermöglicht der arbeitenden Bevölkerung die Finanzierung der Erziehung der jungen und die Vorsorge der älteren Generation. **Nachhaltige Entwicklung erfordert daher Stabilität.** Die globale vernetzte Wirtschaft jedoch – mit neuen starken Bindungen – besitzt ein gewaltiges Potential der Unbeständigkeit. Neue Wege müssen daher gefunden werden, um dominante Interesse zu kontrollieren, Subsysteme abzukoppeln, Schocks und Fluktuationen zu beherrschen sowie in Wissen und Fertigkeiten zu investieren. **Die Regierungen und die Bretton-Woods-Organisationen müssen wirtschaftliche Stabilität und nachhaltige Entwicklung als hochrangige Ziele ansehen und zu kohärentem und synergetischem Handeln veranlasst werden.** Sie müssen sich bemühen, das Messen von Entwicklung auf eine breitere Basis zu stellen, als es bisher mit dem Brutto-Sozialprodukt geschieht.

Wir müssen auch Rahmenbedingungen schaffen, die „grünes Unternehmertum“ unterstützen. **Unternehmerische soziale Verantwortlichkeit muss eine allgemeine Anforderung werden.** Bis 2010 muss die Praxis einer „Dreifach-Ergebnisrechnung“, die die Entwicklung des Natur-, Sozial- und Humankapitals einschließt, für alle in der Öffentlichkeit handelnden Unternehmen gelten. Wir müssen auch Rahmenbedingungen für neue Partnerschaften zwischen globalen Unternehmen und lokalen Gemeinschaften entwickeln.

Die Vereinten Nationen sollten einen starken hochrangigen „Rat für nachhaltige Entwicklung“ aufbauen, der die Kohärenz der Aktivitäten innerhalb Organisationen der UN-Familie gewährleisten kann, in Partnerschaft zwischen Regierungen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. **Zusätzlich muss das Handeln für Bildung und kulturelle Diversität verstärkt werden, mit cofinanzierenden Mechanismen, um das Ausmaß des Alphabetismus in der Jugend wie auch bei den Erwachsenen**

dramatisch zu verbessern und bis 2030 Bildungsfähigkeiten zu schaffen, die notwendig sind zur Aneignung von wissenschaftlichem und technologischem Fortschritt in den Entwicklungsländern. Erziehung und Ausbildungsprogramme müssen in den nächsten Dekaden erheblich größere finanzielle Unterstützung erhalten.

Wir benötigen eine neue „Ethik menschlicher Solidarität“ auf allen Ebenen globaler Politik. Globale Institutionen müssen die Stabilität des Weltwirtschaftssystems sowie ein effektives Management der „globalen öffentlichen Güter“ sichern. Die Bretton-Woods-Organisationen müssen wirtschaftliche Stabilität und nachhaltige Entwicklung als oberste Ziele verfolgen, und in der Wirtschaft muss die „Soziale Verantwortung der Unternehmen“ als ein allgemeines Erfordernis anerkannt werden. Die Vereinten Nationen sollten über einen starken hochrangigen Rat für nachhaltige Entwicklung verfügen, und internationale Bemühungen in Bildung und Kultur müssen verstärkt werden.